

Einschätzung der umbenannten PDS doch etwas gestrig wirkt. Schließlich ist die seit mehreren Jahren in zwei Bundesländern an der Regierung beteiligt, jüngst flog Bisky ganz selbstverständlich im Gefolge von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Besuch nach China mit.

Nicht nur im politischen Umgang mit der Linkspartei stehen die Zeichen auf Entspannung. Viele Landesämter für Verfassungsschutz haben ihre Beobachtung eingestellt, allenfalls sind noch linksradikale Splittergruppen wie das Marxistische Forum oder die Kommunistische Plattform im Visier der Geheimen. In Berlin beendet Innenminister Eilert Hübner (SPD) die Überwachung im Jahr 2003.

Demgegenüber wirkt jener 15-seitige, am 11. Mai in Köln verfasste Brief, der Ramelow vorliegt, wie ein letzter Ausläufer des Kalten Kriegs. Er ist Teil eines langjährigen Rechtsstreits, mit dem Ramelow herausfinden will, welcher Dienst ihm wann nachforschte und mit welcher Begründung dies auch dann weiter erfolgte, als er bereits Parlamentarier war.

Am 7. März 2002 hatte Ramelow, damals Fraktionschef im Thüringischen Landtag, beim dortigen Landesamt für Verfassungsschutz den Antrag auf Auskunft zu seiner Akte gestellt. Inzwischen weiß er, wie groß die Sammelwut der Dienste war, die sich bereits seit 1986 um ihn, damals noch Gewerkschaftsfunktionär in Hessen, kümmerten.

Ramelow kennt mittlerweile – ganz offiziell – sogar Teile seiner Personalakte beim thüringischen Verfassungsschutz (Aktenzeichen P 511 327/VS-Vertraulich). In zwei Ordnern hatten die thüringischen Geheimen zusammengetragen, was der gen Osten gezogene Gewerkschaftsmann nun so im Freistaat trieb: gegen Betriebsschließungen protestieren, auf Parteitagungen reden, Flugblätter verteilen, an Ostermärschen teilnehmen.

Zusätzlich jedoch speicherten die Geheimen in der elektronischen Schriftguterfassung des Dienstes, genannt „Redo“, beinahe alles, was sich zu Ramelow fand: Selbst die Anfrage eines Journalisten an den Innenminister Thüringens, in der Ramelow lediglich erwähnt wird, wurde registriert. Sogar parlamentarische Anfragen des Landtagsabgeordneten Ramelow wurden erfasst. Doch bis heute kennt der Betroffene nicht die „Hinweise von Quellen“, mögliche Spitzelberichte sind weiter geheim – weshalb er vor Gericht zog.

In diesem Rechtsstreit wurden auch die Aktionen des Bundesamts aktenkundig. Ramelow reagierte prompt und beauftragte seinen Anwalt, auch bei der Behörde in Köln ein Auskunftersuchen zu stellen. In diesem zweiten Verfahren ließ sich nun das

Bundesamt mit jenem Brief ein, der eine neue Debatte über Sinn und Unsinn der PDS-Beobachtung entfachen dürfte.

Schließlich wird der schwere Vorwurf des Extremismus gegen Ramelow nicht belegt. Und wie schon die thüringischen Geheimen wollen auch die Kölner nicht alle gesammelten Informationen offenlegen. Wieder ist vage von „Quelleninformationen“ die Rede, zu denen man nichts Genaues erklären könne, auch wenn beteuert wird, dass zu seiner Person nur öffentlich zugängliche Materialien ausgewertet würden. 16 Einträge aus seiner „Personenakte“ werden zumindest konkret benannt: seine Spenden für die Partei etwa, sein Aufstieg an die Landesspitze der thüringischen Linkspartei, Beiträge in Parteizeitungen und im Partei-Presseamt werden aufgelistet, sein Treffen mit einer Delegation der KP Chinas, seine Teilnahme an einem Gewerkschaftskongress, der angeblich von Linksextremisten initiiert war.

Offen gibt das Bundesamt zu, dass es auch nach seiner Wahl in den Bundestag Informationen zu ihm eifrig „sammelt und speichert“. Verfassungsschutzchef Heinz Fromm bestätigt die Erhebung „personenbezogener Daten“ von Linkspolitikern und rechtfertigt sie mit dem Ziel der Partei, den Kapitalismus zu überwinden. Allerdings werde „nicht jedes einzelne Mitglied“ beobachtet.

Dabei wissen die Rechtsexperten in Köln nur zu genau, wie brisant es ist, zu einem Bundestagsabgeordneten, der Immunität genießt und dessen Freiheit das Grundgesetz ausdrücklich schützt, eine „Personenakte“ anzulegen. Deshalb sind die Kölner auf einen skurrilen Kniff verfallen – auf die Teilung der Person Ramelow in den Funktionär und den Parlamentarier. Zum Erstgenannten, heißt es in dem Brief des Bundesamts, würde der Dienst Informationen sammeln, zu Letzterem aber nicht. Die Rechte des doppelten Ramelow seien deshalb durch eine „Beobachtungs- und Speichertätigkeit“ nicht „in relevanter Weise berührt“. Schließlich ziele das Sammeln und Auswerten nicht auf eine „Störung der Abgeordnetentätigkeit“.

Das sieht der Betroffene, der von einem „ungeheuerlichen Vorgang“ spricht, naturgemäß anders. Inzwischen hat er seine Fraktionsspitze darüber informiert. „Grotesk“ nennt Fraktionschef Gregor Gysi das Verhalten der Verfassungsschützer. „Der Bundestag soll doch die Geheimdienste kontrollieren, nicht umgekehrt.“ Nächste Woche will die Fraktionsspitze nun ihre Abgeordneten auffordern, genau wie Ramelow Anträge auf Akteneinsicht zu stellen.

STEFAN BERG, HOLGER STARK, STEFFEN WINTER



Dienstchef Fromm
Eifrig gesammelt

ROLAND SCHEIDEMANN / PICTURE-ALLIANCE / DPA



Kokainfund aus dem Motorsegler „Nadia“: Von

KRIMINALITÄT

Operation auf dem Atlantik

Mit Segelyachten schaffen Drogenschmuggler immer häufiger ihre Ware nach Europa – für Fahnder sind sie kaum kontrollierbar.

Auf dem Atlantik, nordwestlich der Azoren, herrschte am 28. März schwere See. Ein Sturm tobte, die Wellen gingen bis zu 14 Meter hoch. Die beiden deutschen Segler Rüdiger Sch., 56, und Niko S., 30, hatten Mühe, die rund 15 Meter lange Stahl-Segelyacht „Nadia“ auf Kurs Richtung Spanien zu halten.

Außer Sichtweite kämpfte sich ein Schnellboot der spanischen Marine ebenfalls durch das tosende Meer. Aufmerksam hielten die Militärs Ausschau nach der in Flensburg registrierten „Nadia“. Es war aber weniger die Sorge um die Segler, welche die Matrosen antrieb, sondern die Jagd nach deren Ladung.

Erst als der Sturm sich gelegt hatte, wagten die Matrosen, die „Nadia“ zu ertern und nach Pontevedra in Galicien zu manövrieren. Und dort, im sicheren Hafen, holten die Beamten mehr als eine Tonne nahezu reinen Kokains aus einem Hohlraum im Heck hinter der Ruderanlage.

Es war eine der größten Drogenlieferungen, die Fahnder jemals auf einer Segelyacht entdeckt haben. Aber auf solche Boote haben Kollegen in Europa inzwischen ein besonderes Augenmerk. Denn immer häufiger wird Kokain mit scheinbar harmlosen Segelyachten aus Südamerika nach Europa geschmuggelt. 16 Schmuggelboote mit insgesamt mehr als

* Im spanischen Hafen von Pontevedra.



spanischen Militärs geentert

zehn Tonnen Kokain wurden 2005 aufgebracht. „Wir haben es hier mit einem neuen Phänomen zu tun“, sagt Karl-Heinz Dufner, Chef der Rauschgiftfahnder beim Bundeskriminalamt (BKA).

Die beiden deutschen Schmuggler hatten den Motorsegler in den Niederlanden übernommen. Da hieß das Schiff noch „Grafenberg“. Die Männer segelten die Yacht ins südamerikanische Surinam, von wo aus sie sich zum Jahreswechsel auf den Weg zurück nach Europa machten. Ihre letzte Station in Übersee war die Karibikinsel Barbados. Dort hatten die Segler ihre Yacht umgetauft, und am 28. Februar stachen sie in See. Wegen der schweren Ladung lag die „Nadia“ zehn Zentimeter tiefer im Wasser als üblich.

Der Stoff an Bord hatte fast 90 Prozent Reinheitsgehalt und hätte sich vor dem Weiterverkauf leicht auf die doppelte Menge strecken lassen. Doch ein abgefangenes Telefonat brachte die spanischen Behörden auf die Spur der Deutschen. Der mutmaßliche Auftraggeber, ein Italiener, konnte sich rechtzeitig absetzen.



Kokainkonsument (in Berlin)
Eine Tonne Stoff im Heck

Der Koks-Kurs

Segelrouten der Drogenschmuggler über den Atlantik



Wegen der steten Windsysteme über dem Atlantik und der Strömungen nehmen Segler zwischen Europa und Amerika fast immer jene Route, die schon Christoph Columbus wählte. Sie führt von den Kanarischen Inseln Richtung Kapverden und dann nach Westen, quer über den Atlantik. Der Rückweg geht über die Bermudas bis fast an den 40. Breitengrad und von dort aus ostwärts (siehe Grafik). Und auf dieser Route sind nun immer mehr Drogenschmuggler unterwegs, ihre Ware verstecken sie in den Hohlräumen unauffälliger Segelyachten, die bislang kaum kontrolliert wurden.

Fast 50 Tonnen Kokain wurden 2005 in Spanien sichergestellt, knapp 10 Tonnen davon fanden sich an Bord von Fischkuttern und Yachten. Von Spanien oder Portugal aus wird der Stoff dann in Europa verteilt. Allein in Deutschland zog die Polizei 2005 knapp 1,1 Tonnen Kokain aus dem Verkehr, rund zehn Prozent mehr als im Jahr davor.

Trotz solcher Fahndungserfolge ist die Droge offenbar unbegrenzt auf dem deutschen Markt verfügbar. „Auch größere Sicherstellungen haben keinen wesentlichen Einfluss auf die Schwarzmarktpreise“, klagt Jürgen Maurer, Präsident der Abteilung Schwere und Organisierte Kriminalität im BKA.

Im Kampf gegen den Drogenschmuggel sollen sich seine Fahnder künftig noch stärker in Südamerika engagieren. Denn am besten werden dort bereits die Spuren der Drogensegler aufgenommen, ist der Schmuggel auf kleinen Yachten doch anders kaum zu überwachen. In den Weiten des Atlantiks haben die Fahnder wenig Chancen, Yachten aufzuspüren oder gar zu kontrollieren – wenn sie nicht schon vorher etwa durch Verbindungsleute in der Szene informiert werden.

Für die Banden ist die Methode zudem weitaus effizienter als der Einsatz von Kurieren, die den Stoff in Kondome verpackt

schlucken und dann mit ein paar Gramm im Bauch nach Europa fliegen.

So gelang es einer Bande von Drogenhändlern aus Berlin, rund zehn Jahre lang regelmäßig große Mengen Kokain an Bord von Booten über den Atlantik und dann via Spanien nach Großbritannien zu transportieren. Mehr als zwei Jahre lang waren deutsche, britische und spanische Fahnder im Rahmen der „Operación Atlántico“ den Schmugglern auf der Spur.

Die sechs Hauptverdächtigen sollen Millionen verdient haben. „Sie lebten in Saus und Braus“, sagt ein deutscher Fahnder. Sie besaßen Firmen, Häuser und Wohnungen in Südamerika und Spanien. Einer der Hauptbeschuldigten, Michael Heinz B., 62, lebte in einer Villa samt Schwimmbad und Kinosaal auf einem 27 000 Quadratmeter großen Grundstück in Estepona bei Marbella.

Diverse Yachten soll die Bande über den Atlantik geschickt haben, der letzte Törn aber wurde ihr zum Verhängnis. Als der blaue Zweimaster „Are Nui“ am 9. Mai vergangenen Jahres die Karibikinsel St. Lucia verließ, klebte bereits ein kleiner Sender im Boot. Eine Spezialeinheit des deutschen Zolls hatte das Gerät in einem günstigen Augenblick in Trinidad angebracht, wo die Yacht wegen Motorschadens fünf Monate lang gelegen hatte. Fortan war die „Are Nui“, die von zwei Deutschen und einem Österreicher gesegelt wurde, unter permanenter Überwachung.

18 Tage später brachte die spanische Marine den komfortablen Segler 500 Kilometer westlich der Azoren auf. Schwerbewaffnete Soldaten enterten die Yacht und steuerten sie in den Hafen von El Ferrol an der spanischen Atlantikküste. An Bord fanden sie dann mehr als 100 Kilogramm Kokain.

Bis zu 400 Kilogramm Kokain soll die Bande sonst pro Trip über den Atlantik gebracht haben – ein äußerst lukratives Unternehmen, meint Michael Grunwald von der Berliner Staatsanwaltschaft. Der Einkaufspreis pro Kilo habe bei etwa 3000 Euro, der Verkaufspreis bei 30 000 Euro gelegen. Jeder Hochseetörn brachte so einen Multi-Millionen-Profit.

Fünf Komplizen der „Are Nui“-Crew verhaftete das Crime Squad Birmingham in Großbritannien, in Deutschland durchsuchte die Polizei 41 Wohnungen und Büros, sechs Verdächtige wurden festgenommen. Die Anklage ist bereits gefertigt, der Prozess soll demnächst eröffnet werden.

Die Hauptbeschuldigten sind weit über 50 Jahre alt. Das dürfte, so hoffen die Ermittler, ihre Bereitschaft zur Aussage deutlich erhöhen. Geständnisse wären wohl der einzige Weg, die Freiheitsstrafen etwas milder ausfallen zu lassen. „Ansonsten kommen die als alte Männer aus dem Gefängnis“, prophezeit ein Fahnder.

ANDREAS ULRICH